

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugpreis: Durch unsere Boten  
bei uns monatlich 30.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und die auswärtigen Postanstalten  
an. — Erscheint wöchentlich.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.  
Telegraphische Anzeiger-Verlag.

Bezugpreis für die Abnahmegebühren  
Beitrag für Anzeigen aus Aus und  
Inland 6.00 Mark, auswärts  
Anzeigen 6.00 Mark, Restanten-Beitrag  
6.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1040

Nr. 202

Mittwoch, den 30. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Für Zucker und Milch hat der Reichskanzler den Gewerkschaften die Wiedereinführung der Zwangsmitrhaft innerhalb 14 Tagen zugesagt. Bei den augenblicklichen Befestigungs- und Handelskonditionen ist ein Zuckerpreis von höchstens 20-25 Mark angenommen.

Die Reichsregierung stellt fest, daß ein Hinausgehen über ihre letzten Vorschläge an die Reparationskommission unmöglich ist.

Die Sitzung der Reparationskommission, an der als Vertreter Deutschlands Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium teilnimmt, findet heute vormittag 11 Uhr statt.

Bradbury sprach vor der Reparationskommission energisch für ein bedingungsloses Moratorium bis Jahreswende und wird von dieser Haltung nicht abweichen.

Wie aus Rom gemeldet wird, wäre die teilweise Befestigung Oesterreichs durch alliierte Truppen wahrscheinlich geworden.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 1350.

### Lichtblicke.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Dollar fällt. Die Stimmung an der Börse ist wieder zuversichtlicher geworden. Die Reparationskommission hat in Paris ihre Besprechungen über das deutsche Stundungsgebot offiziell aufgenommen. Vertreter Deutschlands sind dort eingetroffen und gehört zu werden. Bradbury hat Erklärungen veröffentlicht, die von erfreulichem Verständnis für die Lage Deutschlands zeugen und als einziges Mittel, irgend etwas für die Siegerstaaten herauszuschlagen, eine Ruhepause empfehlen. Französische Pressestimmen übersehen sich in optimistischen Betrachtungen. In Deutschland glauben umgekehrt die Zeitungen Anlaß zu Warnungen vor übertriebenem Optimismus zu haben. Sie haben recht. Wenn auch jetzt eine Einigung darüber wahrscheinlich sein mag, daß Deutschland ein Moratorium bewilligt werden muß, so ist doch noch nicht die mindeste Klarheit über die Bedingungen dieses etwaigen Zugeständnisses geschaffen. Und Poincaré hat bereits den französischen Ministerrat unmittelbar nach der Entscheidung der Reparationskommission zu einer Sitzung eingeladen, offensichtlich um nur ja keine Zeit zu veräumen, falls Frankreich überstimmt werden sollte und sich dann seine Handlungsfreiheit sichern würde. Man sieht also, daß noch alles in der Schwebe ist. An einen Rückblick von Paris her darf man nicht eher glauben, bis die endgültige Entscheidung der Reparationskommission dies rechtfertigt. Heute ist es noch nicht so weit.

Über in der inneren Entwicklung Deutschlands haben wir in den letzten Tagen ungewöhnliche Erscheinungen beobachten können, die wirklich erfreulicher Art sind, und die deshalb verdienen, besonders hervorgehoben zu werden. Der Vermittlungsvorschlag des Reichskanzlers, durch Befestigungsvorteile zwischen dem Reich und den Verbänden der Holz- und Kohlenindustrie Garantien für ein Moratorium zu schaffen, beruht auf vorausgegangener Verständigung mit den beiden großen Industrieverbänden. Diese Verständigung ist neuerdings bei Einzelverhandlungen zwischen den vertragsschließenden Teilen verstärkt und vertieft worden. Es sind schwere und nicht ungefährliche Aufgaben, die diese Verbände auf sich nehmen wollen. Das muß anerkannt werden. Es war nicht immer eine so schätzbare Opferwilligkeit bei der deutschen Industrie in den letzten Jahren vorhanden. Wir brauchen nur an das feinerzeit viel erörterte Hilfsgebot der deutschen Industrie zu erinnern, aus dem bekanntlich nichts geworden ist. Über die äußerste Not des Vaterlandes hat offenbar jetzt einen Stimmungswandel und Stellungswandel bei der Industrie geschaffen. Es kann auch nicht fraglich sein, daß weitere große und starke Industrieverbände jetzt eben so opferbereit sind, wie die Herren des Holzes und der Kohle. Das ist ein Rückblick, den wir in unseren Sorgen um die bevorstehende Entscheidung der Reparationskommission nicht übersehen sollten. Er würde noch heller strahlen, wenn endlich auch die Landwirtschaft in ihren beruflichen Organisationen der allgemeinen Notlage des Volkes mehr Rechnung tragen wollte. In anderer Hinsicht kommt aus dem Lager der deutschen Arbeitererschaft her. Daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes sich endlich zu einem Ueber-

sichtigenabkommen verstanden haben, darf nicht unterschätzt werden. Es bedeutet nicht nur eine höchst-wünschte Steigerung der Förderziffern und damit der künftigen Kohlenvorräte des Winters für Industrie und Hausstand, sondern es bezeugt auch ein erfreuliches Verständnis der Bergarbeiter für die Not des deutschen Wirtschaftslebens, das man umso mehr begrüßen muß, als es bisher nur zu oft gefehlt hat.

Noch erfreulicher ist die Haltung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Notzeit. Sie haben sich bekanntlich ohne Rücksicht auf ihre sonstigen parteipolitischen und gewerkschaftlichen Verschleбенheiten zusammengeeinigt, um der Reichsregierung eine Reihe von Anregungen und Ratsschlüssen zur Bekämpfung der gegenwärtigen Notlage zu unterbreiten. Wenn man auch bei weitem nicht alle billigen kann, so muß man doch den Ernst und die Besonnenheit anerkennen, die aus ihnen sprechen. Schon die einfache Tatsache, daß die Erlassung der Sachverste, die in der gewerkschaftlichen Agitation leider eine so hervorragende Rolle gespielt hat, hier überhaupt nicht mehr erwähnt wird, zeugt für das reine Bestreben, durch praktische Vorschläge der allgemeinen Notlage zu steuern. Auch die sozialdemokratische Arbeiterpresse gliedert sich völlig in diese neue Gewerkschaftsfront. Der Vorwärts schreibt: Es ist vielleicht die letzte Stunde, wo gemeinsames Handeln noch reiten kann. Nicht um Fragen der Parteipolitik und der Parteitaktik geht es jetzt mehr, sondern darum, ob die panikartige Anarchie der Wirtschaft, die von der Entente heraufbeschworen ist, abgewendet werden kann, ob die Volksgemeinschaft auch durch diese schwere Belastungsprobe von außen her aufrechterhalten wird.

Das Wort Volksgemeinschaft, an der Stelle, wo man sonst immer nur Klassenkampf zu lesen gewohnt war, leuchtet hell und klar. Wenn die immer noch gewaltigen Wirtschaftskräfte der deutschen Arbeiter und der deutschen Arbeitnehmer zur Rettung des Vaterlandes zusammenwirken, braucht uns trotz aller Entscheidungen der Reparationskommission um die deutsche Zukunft nicht bange zu sein.

### Endlich Hilfe für die Städte.

In den letzten Tagen haben, wie bekannt, Verhandlungen zwischen dem deutschen Städtetag und dem Reich stattgefunden, die sich auf die von den Kommunen immer wieder verlangte Hilfe durch das Reich erstreckten. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen, doch hat es den Anschein, als ob das Reich jetzt entschlossen ist, den Gemeinden schnelle und weitgehende Unterstützung zu gewähren. Auch die Länder sollen Reichshilfen erhalten. Bei den Beratungen über die Reichshilfe für die Städte haben die Vertreter der Regierung die Zusage gemacht, daß Zuschüsse aus Reichsmitteln entsprechend dem Wunsch der Kommunen in Zukunft nicht nur für die Beamten und die ständig Angestellten gegeben werden, sondern daß die Beihilfen auch auf die nichtständig Beschäftigten ausgedehnt und die jetzt schon gezahlten Sätze für die Beamten und ständig Angestellten erhöht werden. Das Reich will sogar seine Stützungsaktion auch auf die kommunalen Arbeiter, allerdings mit gewissen Einschränkungen, ausdehnen. So sollen von der Reichshilfe alle städtischen Werke, die Elektrizitäts- und Gaswerke, Straßenbahn und andere Verkehrsmittel, kurz alle wesentlichen Betriebe, ausgeschlossen werden, da diese kommunalen Betriebe nach Auffassung des Reiches in der Lage sein müssen, sich selbst zu erhalten. Es ist dann bei den Verhandlungen auch seitens der Regierungsvertreter die Bereitwilligkeit erklärt worden, dem alten Wunsch der Städte nach Vereinfachung an der Einkommensteuer stattzugeben. Man hat deshalb geplant, den Kommunen 25 Prozent der Einkommensteuer von 1920, also etwa sieben Milliarden, zur Verfügung zu stellen. Allerdings dürfte diese Summe nicht ganz erreicht werden. Es ist weiterhin der Vorschlag gemacht worden, den Städten zur Aufbringung der erforderlichen finanziellen Mittel eine Beteiligung an der Umsatzsteuer zu gewähren. Nach Abschluß der noch im Gange befindlichen Besprechungen sollen dann die ganzen Pläne dem Reichskabinett vorgelegt werden.

### Drohender Einmarsch in Oesterreich?

Höchst seltsame Nachrichten kommen aus Rom. Dort sind Gerüchte verbreitet, daß vom Süden her jugoslawische Truppen sich anschickten, in österröschisches Staatsgebiet einzuziehen. Angeblich wollen sie Kärnten, Steiermark und einige österröschische Städte besetzen. Auch an der tschechoslowakischen Grenze Oesterreichs sollen Truppenansammlungen stattfinden. In Rom werden diese Nachrichten so ernst genommen,

daß Facta, der italienische Ministerpräsident, sich den Kriegsminister Coleri kommen ließ, um mit ihm die militärische Tragweite der Angelegenheit zu erörtern. Er seien diese Meldungen zu, dann läge hier ein schwerer Friedensbruch der Kleinen Entente gegenüber dem wehrlosen Oesterreich vor. Der Bundeskanzler Seipel hat durch seine Idee einer Münz- und Zollunion offenbar bewirrend auf die übrigen Donauländer gewirkt. Es ist bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie sehr scharf gegen diese Pläne Stellung nimmt und in der Wiener Arbeiterzeitung nachdrücklich betont, daß solche Unionen nur mit Zustimmung des Parlaments erfolgen könnten. Das sozialistische Blatt fordert, daß die gefährliche Politik Seipels unter scharfer Kontrolle gestellt wird. Die deutsche Regierung hat allen Anlaß, den Vorgängen ein wachsames Auge zu schenken. Oesterreich ist deutsches Land, seine Bevölkerung hat mehr als einmal durch seine oberste Vertretung den Wunsch ausgedrückt, zum deutschen Mutterlande zu kommen. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß der gegenwärtige Bundeskanzler das politische Erstgeburtrecht seines Volkes um das Vinsengericht wirtschaftlicher und finanzieller Vorteile verschachern würde. Aber es gilt besonders, auf die Nachbarsstaaten zu achten, die zwar weit über ihren völkischen Rahmen hinaus überfüllt, aber dennoch in ihrem Völkischen nicht gestillt sind.

### Die interparlamentarische Union in Wien.

Die älteste internationale Vereinigung von Parlamentariern tagt gegenwärtig in Wien. Es ist bemerkenswert, daß an ihren Verhandlungen auch deutsche nationale Abgeordnete teilnehmen, während die Deutsche Volkspartei ihren Mitgliedern die Teilnahme durch Fraktionsbeschluss verboten hat. In einer Besprechung eines Freilandesantrages des holländischen Ministers Dr. Treub ergab sich die ungeheure Schwierigkeit, die jetzt dieser Frage entgegensteht. Der Freilandesantrag ist heute für alle Länder eine Utopie. Die hochvölkischen Schutzländer fürchten die Konkurrenz der Staaten mit sinkendem Geld, und umgekehrt sind die Länder mit niedriger Valuta gänzlich in der Lage die Zugunsten aufzunehmen, die man ihnen bei voller Zoll- und Einfuhrfreiheit ins Land schließen würde. Interessant war in diesem Zusammenhang, daß der französische Vertreter Montet zugab, daß der schwere Irrtum des Berliner Vertrages eine der Hauptursachen des jetzigen Wirtschaftskrisis sei. Es sei Wahnwitz, von einem durch Krieg zerstörten Lande mehr Geldzahlungen zu verlangen, als überhaupt Geld auf der ganzen Welt im Umlauf sei. Eine Wahrheit, die sich Poincaré merken soll.

### Sozialistische Einigungs-verhandlungen.

Die Parteileitungen der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen sind am 29. August zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um über die Einigung der beiden Parteien zu verhandeln. An eine wirkliche Verschmelzung scheint man zur Zeit nicht zu denken, da den beiden Parteien nicht ein allgemeines Programm, sondern nur ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Entwürfe zu diesem Aktionsprogramm sollen einer neuen Sitzung der Vorstände, die am 4. September stattfinden soll, vorgelegt werden. Ob die Bemühungen der Parteileitung, eine Einigung herbeizuführen, im Lande überall gebilligt werden, muß mehr als zweifelhaft scheinen. Der Kampf, den vielfach die Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialdemokraten geführt haben, hat sich nicht in den Formen abgepielt, die eine Versöhnung erleichtern. Charakteristisch ist die Haltung, die die Dantscher Volksstimme zu der Frage einnimmt. In Dantsig hatte sich eine lose Arbeitergemeinschaft der Volkstagsfraktionen gebildet. Das sozialdemokratische Organ stellt diese Gemeinschaft mit großem Mißtrauen an, da die Unabhängigen bisher bedingungslos den radikalrevolutionären Propagandisten im Reich folgten. Dasselbe Mißtrauen wie in Dantsig besteht an vielen Orten des Reiches, gerade bei den Elementen, die eine zügige Entwicklung der Sozialdemokratie wünschen.

### Roggen und Gold als Wertmesser.

W. W. Je schneller die Marktwertung vor sich geht und je unwahrscheinlicher es wird, daß sie in absehbarer Zeit Einhalt geboten werden kann, desto zahlreicher werden die Bemühungen, die Goldbewertung auch im innerdeutschen Wirtschaftsleben automatisch dem